Ralph Brinkhaus MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin - Per Mail -

Gütersloh, 27. Oktober 2020

Betreff: Arbeitsschutzkontrollgesetz

Sehr geehrter Herr Brinkhaus,

wir appellieren an Sie als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion! Setzen Sie sich für eine unverzügliche Verabschiedung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes ein.

Als Reaktion auf die dramatischen Infektionsereignisse in Betrieben der Fleischindustrie, hat das Bundeskabinett im Juli den Entwurf des Arbeitsschutzkontrollgesetzes beschlossen um die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie nachhaltig zu verbessern. Bereits zum 01. Januar 2021 soll unter anderem mit dem **Verbot der Werkverträge** die Durchsetzung des Arbeitsschutzes verbessert werden.

Die parlamentarischen Beratungen im Deutschen Bundestag sollten nach der ersten Lesung am 10.September eigentlich schon mit der zweiten und dritten Lesung am 08.Oktober beendet werden. Eine ausführliche Expertenanhörung fand am 05. Oktober im Ausschuss für Arbeit und Soziales statt. Mit Verweis auf weiteren Gesprächsbedarf erwirkte Ihre Fraktion dann eine **Verschiebung** in diese Sitzungswoche. Nun wurde die Schlussberatung des Gesetzes auf Wunsch der CDU/CSU erneut kurzfristig von der Tagesordnung genommen.

Gerade im Kreis Gütersloh, sind die Missstände in der Fleischindustrie ein drängendes Problem. Die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Werkvertragsbeschäftigten und die erschwerte Integration ihrer Familien sind in vielen Kommunen im Kreis Gütersloh seit Jahren bekannt. Nicht erst der Corona-Ausbruch im Juni, der den Kreis Gütersloh weltweit in die Schlagzeilen brachte, adressieren zahlreiche Akteure aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft die **Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen**.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass wir einen wirksamen, durchgreifenden und auch sanktionsbewährten gesetzlichen Rahmen brauchen, der keine erneuten Schlupflöcher und Graubereich bietet. Der vorliegende Entwurf des Arbeitsschutzkontrollgesetzes ist ein echter Meilenstein, der die Lage der Beschäftigten und die Situation in unseren Kommunen verbessern könnte. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieser Entwurf jetzt durch Lobbyinteressen verwässert und entschäft wird.

Als Bundestagsabgeordneter aus dem Kreis Gütersloh sind Ihnen die Erwartungen an eine Verabschiedung des Gesetzes bekannt und wurden in den letzten Jahren auch von Ihnen angesprochen. Wir appellieren daher heute an Sie und Ihre Fraktion, keine weiteren Verzögerungen und schon gar keine Verwässerungen des Gesetzentwurfes zuzulassen. Die

Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber auch die Beschäftigten und ihre Familien, haben eine wirksame Antwort der Politik verdient!

Beenden Sie endlich Ihre Blockade und nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr.

Mit freundlichen Grüßen

Elvan Korkmaz-Emre *MdB*

Gaby Böhm

Geschäftsführerin Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Region Bielefeld-Herford

Armin Wiese

Geschäftsführer Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Region Detmold-Paderborn

Szabolcs Sepsi

DGB-Projekt "Faire Mobilität" Beratungsstelle Dortmund